

**VEREINIGUNG
DER
ÖSTERREICHISCHEN RICHTER**1016 WIEN, 1988 08 17
JUSTIZPALASTAn das
Präsidium des NationalratesParlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	55. GE 988
Datum:	19. AUG. 1988
	19. AUG. 1988
Verteilt	

Dr. Baier

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Tiroler Höfegesetz geändert wird;
Stellungnahme

In der Anlage wird die Stellungnahme der Vereinigung der
österreichischen Richter zum o.a. Gesetzesentwurf in
25-facher Ausfertigung übermittelt.



(Dr. Günter Woratsch)
Vizepräsident

25 Anlagen

VEREINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN RICHTER

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das
Tiroler Höfegesetz geändert wird;

S t e l l u n g n a h m e

Dem Entwurf wird grundsätzlich zugestimmt, da er eine längst
fällige Anpassung des Tiroler Höfegesetzes an die geänderten
Verhältnisse bringt und unsachliche Ungleichbehandlungen be-
seitigt.

In einigen Punkten erscheinen jedoch Verbesserungen des Ent-
wurfes erforderlich:

Zu § 18:

Hier ist eine Ausschließung von der Übernahme nur hinsichtlich
der nach § 15 berufenen Anerben, nicht aber hinsichtlich der
nach § 16 berufenen Miteigentümer vorgesehen. Diese Unterschei-
dung ist nicht gerechtfertigt. Sie hätte etwa zur Folge, daß
ein Miteigentümer, der seinen Anteil verwirtschaftet hat, so-
zusagen als Belohnung dafür den restlichen Hof bekommt, um auch
dieses Vermögen verschleudern zu können.

Zu § 19 Abs 3:

Diese Bestimmung ist in verfassungsrechtlicher Hinsicht be-
denklich, weil sie durch den Kompetenztatbestand Zivilrechts-
wesen nicht mehr gedeckt sein dürfte und damit nicht im Bereich
der Bundeskompetenz liegt.

Zu § 25 Abs 3:

Es wäre zu erwägen, diese Ausnahmebestimmung auch auf die un-
entgeltliche Überlassung des Hofes oder von Teilen desselben
an Kinder des Anerben auszudehnen. Nach der Fassung des Ent-
wurfes müßte in einem solchen Fall eine Nachtragserbteilung
durchgeführt werden, was sicherlich nicht von der Motivation
der Abs 1 und 2 dieser Bestimmung getragen ist.

Zu § 25 Abs 3 Z 4:

Die Frist von einem Jahr erscheint zu kurz, weil häufig aus
dem Erlös Zu- oder Umbauten am Hof finanziert werden. Im Hin-

./.

blick auf die immer komplizierter werdenden Bauverfahren (insbesondere im Hinblick auf Anrainereinsprüche) ist es häufig nicht möglich, innerhalb eines Jahres den Verkaufserlös in solche Bauten zu investieren. Die Frist sollte daher auf zwei oder drei Jahre verlängert werden.

Zu § 26 Abs 3:

Diese Bestimmung sieht für die Pflicht als Berechnung den Übernahmewert des Hofes vor. Es wäre jedoch zu erwägen, diese Vorschrift dann nicht gelten zu lassen, wenn eine Person, die nicht unter die gesetzlichen Erben fällt, zum Anerben eingesetzt wurde. Hier geht wohl der Schutz der Noterben dem Grundsatz des Wohl-bestehen-könnens vor. Allenfalls wäre eine weitergehende Abgrenzung denkbar, etwa in der Weise, daß bestimmte als Anerben eingesetzte Verwandte, wenn sie nicht zu den gesetzlichen Erben zählen, gleichfalls an der Wohltat der Pflicht als Berechnung nach dem Übernahmewert teilnehmen.

Wien, 17. August 1988